

Stand: 04.04.2026 07:27:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12335

"Mobilfunklöcher schließen - Netzabdeckung in Bayern verbessern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12335 vom 06.07.2016
2. Beschluss des Plenums 17/12368 vom 07.07.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 07.07.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Christine Haderthauer, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Dr. Harald Schwartz, Sylvia Stierstorfer** und Fraktion (CSU)

Mobilfunklöcher schließen – Netzabdeckung in Bayern verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Lösungsansätze zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung in Bayern unter Berücksichtigung des derzeit laufenden Ausbaus von LTE und der Möglichkeiten der Mitnutzung bereits bestehender Infrastrukturen wie z.B. der Basisstationen für den Digitalfunk BOS zu erarbeiten.

Die Staatsregierung wird ferner ersucht, auf den Bund einzuwirken, dass dieser alle rechtlichen Möglichkeiten ergreift, insbesondere bei künftigen Frequenzversteigerungen, um die Netzabdeckung im Mobilfunkbereich zu verbessern und die Pflichten der Betreiber soweit auszugestalten, dass die Mobilfunkversorgung flächendeckend, insbesondere auch an den Verkehrswegen, nach jeweiligem Stand der Technik erreicht werden kann.

Begründung:

Heute ist mobile Kommunikation ein wesentlicher Faktor unseres Zusammenlebens, aber auch des wirtschaftlichen Fortschritts. In Gestalt des Smartphones werden verschiedenste Funktionen kombiniert: Telefonieren, Texte und Bilder übertragen, Informationen abrufen, Mediendienste nutzen und vieles mehr. Laut eigenen Angaben der großen Mobilfunkbetreiber ist in Deutschland die Netzabdeckung hervorragend, nach den herrschenden Messparametern nahezu vollständig. In der Praxis nehmen Bürger und Geschäftsleute jedoch im täglichen Gebrauch vielfach Störungen und Lücken in der Versorgung wahr.

Ein Grund ist der Bezug der Netzpläne auf die stationäre Größe Haushalte. Darauf beziehen sich auch die übernommenen Ausbaupflichten, d.h. 97 Prozent der Haushalte mit LTE zu versorgen. Diese Bezugsgröße wird den Möglichkeiten der modernen Kommunikation und den aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung aber nicht mehr gerecht, auch mobil auf die Dienste zugreifen zu können. Daraus folgt, dass auch schwächer besiedelte Regionen zu versorgen sind, insbesondere Verkehrswege und andere Orte außerhalb von Siedlungsstrukturen, wo sich häufig viele Menschen aufhalten. Das Interesse an einer umfassenderen Versorgung besteht auch dort, wo es aus Sicht der Mobilfunkbetreiber unwirtschaftlich erscheint, zusätzliche Masten zu bauen. Deshalb ist zu prüfen, ob die Auflagen an die Mobilfunkbetreiber aus der Vergangenheit noch zeitgemäß sind. Es ist daher darauf hinzuwirken, dass bei nächster Gelegenheit der rechtliche Rahmen entsprechend angepasst werden kann. Es gilt auch, in Ballungsräumen für die weiter zunehmende Nutzung entsprechende Kapazitäten aufzubauen und vorzuhalten.

Eine schnelle Fortentwicklung der Mobilfunkversorgung ist dringlich. Daher soll schon in einem ersten Schritt geprüft werden, ob durch die Mitnutzung bzw. Ertüchtigung bestehender Infrastrukturen eine Verbesserung zu erreichen ist, z.B. unter Verwendung der BOS-Funkmasten, die von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) für deren Digitalfunk verwendet werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Christine Haderthauer, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Dr. Harald Schwartz, Sylvia Stierstorfer** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/12335

Mobilfunklöcher schließen – Netzabdeckung in Bayern verbessern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Lösungsansätze zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung in Bayern unter Berücksichtigung des derzeit laufenden Ausbaus von LTE und der Möglichkeiten der Mitnutzung bereits bestehender Infrastrukturen, wie z.B. der Basisstationen für den Digitalfunk BOS, zu erarbeiten.

Die Staatsregierung wird ferner ersucht, auf den Bund einzuwirken, dass dieser alle rechtlichen Möglichkeiten ergreift, insbesondere bei künftigen Frequenzversteigerungen, um die Netzabdeckung im Mobilfunkbereich zu verbessern und die Pflichten der Betreiber soweit auszugestalten, dass die Mobilfunkversorgung flächendeckend, insbesondere auch an den Verkehrswegen, nach jeweiligem Stand der Technik erreicht werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Annette Karl

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Markus Ganserer

Abg. Klaus Holetschek

Staatsministerin Ilse Aigner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Mobilfunklöcher schließen - Netzabdeckung in Bayern verbessern

(Drs. 17/12335)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Volle Mobilfunkabdeckung für ganz Bayern (Drs. 17/12352)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Flächendeckende Mobilfunkversorgung für Bayern in Gigabit-Qualität

(Drs. 17/12353)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Kirchner von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Digitalisierung ist in aller Munde. Wir selbst definieren uns als Mitglieder einer mobilen Gesellschaft. Niemand hier wird bestreiten, dass die Kommunikation für uns das A und O ist. Das gilt sowohl für die "Smombies", die mittlerweile mit ihren Smartphones verwachsen sind, als auch für das Telefonieren und die Erreichbarkeit. Überall und immer ist es sehr wichtig, erreichbar zu sein. In der Vergangenheit waren wir der Meinung oder auch der Hoffnung, dass gerade die Digitalen Dividenden I und II den Traum erfüllen und ein Netzausbau vonstattengeht, der nahezu eine Vollversorgung bzw. eine Erreichbarkeit sicherstellt.

Aber die Realität sieht anders aus. Statt vermeintlich besser wird es subjektiv wahrgenommen immer schlechter. Gerade weil mit der Entwicklung ein wirtschaftliches Interesse einhergeht, wird immer deutlicher, dass es zu einem Gefälle zwischen Stadt und Land kommt. Ich denke, hier im Haus werde ich einen großen Rückhalt haben, weil gerade wir Abgeordnete die besten Feldversuchsteilnehmer sind, die diesen Sachverhalt bestätigen. Wir sind jeden Tag in unseren Stimmkreisen unterwegs und kennen jedes Funkloch. Es gibt nicht ein Funkloch und nicht zwei Funklöcher, sondern in vielen Situationen bricht die Kommunikation ab und bietet die Abdeckung nicht das, was wir benötigen. Es geht sogar so weit, dass ganze Ortschaften noch immer nicht erschlossen sind. In meinem Stimmkreis in der Rhön, im ehemaligen Zonenrandgebiet, liegt die Ortschaft Willmars, die damit überhaupt nicht versorgt ist. Wenn man bei den Telekommunikationsunternehmen nachfragt, kommt die Antwort relativ schnell. Sie lautet eindeutig: Es ist nicht wirtschaftlich, es rentiert sich nicht; eine Lösung, um Abhilfe zu schaffen, wird nicht aufgezeigt.

Es geht noch weiter. Viele von Ihnen, auch ich, fahren mit dem Zug regelmäßig nach München. Oft wird uns suggeriert, es gebe das mobile Office. Ich fahre auf der ICE-Strecke Würzburg – München. Je näher ich an München komme, desto schlechter wird komischerweise das Angebot: kaum ein Netz, ein schlechtes Netz, eine Datenübertragungsrate gegen null. Es funktioniert nicht.

(Beifall bei der CSU)

Da stellt man sich schon die Frage, ob man in Timbuktu oder in Deutschland ist. Letzteres wird wohl mit anderen Maßstäben gemessen.

Ich habe auch mit meinen Kollegen gesprochen, zum Beispiel mit Markus Blume, Stimmkreisabgeordneter in München: ein Ballungsraum, in dem vermeintlich alles gut ist. Auch dabei habe ich festgestellt, dass nicht alles Gold ist, was glänzt, und dass es auch dort Versorgungslücken gibt und verschiedene Anbieter nicht so auftreten können, wie wir es haben wollen. Der Zustand ist nicht gut.

Die Telekommunikationsanbieter verweisen auf die Wirtschaftlichkeit. Da stelle ich mir die Frage, wie es wohl ausgesehen hätte, wenn unser Fernmeldeamt seinerzeit nach diesen Kriterien vorgegangen wäre. Ich glaube, dann würden wir in vielen Teilen Bayerns oder Deutschlands noch mit Rauchzeichen arbeiten und die Fläche nicht erreichen. Das wäre schlecht.

(Beifall bei der CSU)

Man muss feststellen, dass gerade der Großstadtmarkt für viele die Lizenz zum Geld drucken darstellt. Bei genauerem Hinsehen muss es eine Mischkalkulation sein. Das ist mein Verständnis. Ich meine eine Mischkalkulation in dem Sinne, dass man nicht nur den Gewinn abschöpft, sondern auch Teile des Gewinns in die Infrastruktur investiert, um eine ganzheitliche Versorgung zu erreichen, auch wenn die Investition dort nicht sehr wirtschaftlich ist.

Ich stelle mir auch die Frage, ob eine Vertragserfüllungspflicht gegeben ist. Stellen wir uns doch einmal vor, der Klempner kommt zu uns nach Hause. Da erwarten wir schließlich auch, dass nach getaner Arbeit Wasser aus dem Wasserhahn kommt. Ebenso erwarte, dass ich nach dem Abschluss eines Handyvertrags ein Signal am anderen Ende der Leitung vernehmen und telefonieren kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf, die Telekommunikationsunternehmen primär in die Pflicht zu nehmen, die Vertragserfüllungspflicht in den Vordergrund zu stellen und dabei abzuklären, welche Möglichkeiten es gibt, um auf vorhandene Infrastruktur zurückgreifen und Synergien zu nutzen. Wir fordern die Staatsregierung aber auch auf, Lösungsansätze zur Verbesserung der Versorgung zu erarbeiten, um Versorgungsaufgaben mit zukünftigen Frequenzversteigerungen wieder in den Vordergrund zu stellen. Wir fordern sie auch auf, darüber hinaus die Universaldienstverpflichtungen und das Telekommunikationsgesetz auf den Prüfstand zu stellen, um gegebenenfalls etwas Anschub zu bewirken.

Was auch immer dabei herauskommt: Faktisch müssen die Versorgungslücken im ländlichen Raum verschwinden. Das sage ich als Abgeordneter aus dem ländlichen Raum, aber auch explizit für die Ballungszentren; denn auch dort ist nicht alles Gold, was glänzt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kirchner hat nichts dazu gesagt, wie sich die CSU zu den Anträgen der SPD und unserer Fraktion verhalten wird. Ich habe ihn aber gefragt. Unser Antrag und eventuell auch der Antrag der SPD – das werden wir sehen – werden abgelehnt werden. – Kollege Kirchner, Sie haben ja gar nicht begründen wollen, warum Sie unsere Anträge ablehnen.

(Sandro Kirchner (CSU): Kommt schon noch!)

Ich kann verstehen, dass Sie keine Begründung mehr finden. Das Ganze wird in diesem Hause mittlerweile auf die Spitze getrieben. Ich möchte von der letzten Ausschusssitzung berichten, Kolleginnen und Kollegen. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD stellten einen Berichtsantrag zur Förderung lokaler und regionaler Anbieter bei der Umstellung auf HD-Fernsehen im neuen Doppelhaushalt – ein absolut berechtigter Antrag, den auch unsere Fraktion in einer ähnlichen Form im Ausschuss gestellt hat. Aber wir kommen nicht einmal zur Debatte über den Antrag. Dabei ist der Antrag gut. Berichtsanträgen, die der qualitativen Verbesserung der Ausschussarbeit und der Erleichterung der ordentlichen Beratung dienen, hat der Ausschuss in der letzten Wahlperiode immer zugestimmt. Aber Sie von der CSU-Fraktion hatten ja nicht einmal den Mut, den Antrag abzulehnen. Das muss man sich einmal überlegen: Da müssen Sie die Geschäftsordnung bemühen, um einen Berichtsantrag zu vertagen. So weit

sind wir in diesem Haus gekommen, und so weit sind wir um inhaltlich qualitative Debatten gekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Ich kann verstehen, dass Sie unseren Antrag zum Thema Mobilfunk hier nicht begründen wollen. Herr Huber, man muss der Ehrlichkeit halber sagen – –

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

– Herr Huber, Sie können gerne dazwischenrufen, aber Sie als Ausschussvorsitzender wissen genau: Seit dem 5. Juni liegen drei Anträge zum Mobilfunkausbau, zu genau dem, was Sie heute in Ihrem Antrag fordern, Ihrem Ausschussbüro vor. Sie hätten die Anträge auf die Tagesordnung nehmen können. Sie haben sie nicht auf die Tagesordnung genommen. Warum haben Sie sie nicht auf die Tagesordnung genommen? – Weil Sie ihnen nicht zustimmen wollen. Warum nicht? – Weil Sie heute in der Plenarsitzung das Thema abräumen wollen. So schaut's aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber wir sind bereit und werden nicht nachlassen, die Themen trotzdem im Ausschuss zu bringen. Wenn Sie vier Wochen später die Plenarsitzung dazu bemühen müssen, umso besser. Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist: Sie trauen sich ja nur, sich berichten zu lassen.

(Erwin Huber (CSU): Ist doch gar nicht wahr!)

– Doch, Sie lassen sich berichten. – Wir erheben in unserem Antrag ganz klare Forderungen. Ganz ehrlich, Herr Kirchner: Sie sprechen davon, wie schlecht es den Menschen draußen auf dem Land geht, wenn sie keine Mobilfunkversorgung haben. Sie erwähnen die Erschwernisse entlang der Autobahnen und Bahnstrecken in verschie-

denen Regionen Bayerns. Das veranlasst mich zu der Frage: Warum trauen Sie sich dann nicht, Abhilfe zu fordern?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, wir haben im Wirtschaftsausschuss die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass in den Ausschreibungen der Bayerischen Eisenbahngesellschaft – BEG – die Ausstattung jedes neuen Zuges mit Repeatern vorgesehen wird. Das ist eine ganz einfache Beschreibung. Das haben wir in der Hand als Mitglieder des Bayerischen Landtags bzw. des Wirtschaftsausschusses. Das ist ganz einfach. Sie brauchen nur unserem Antrag zuzustimmen. Nach jeder neuen BEG-Ausschreibung werden die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft eine bessere Internetversorgung in Regionalzügen haben. Das liegt in unserer Verantwortung. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin gespannt, wie Sie sich zu dem Folgenden äußern werden: In Deutschland und in Bayern gibt es momentan drei große Mobilfunkanbieter. Auf dem Markt sind die Telekom, Vodafone, das jetzt zusammen mit Kabel Deutschland ein Unternehmen bildet, und O₂. Wir fordern in einem Antrag explizit dazu auf, auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass diese drei Unternehmen mit einem einheitlichen Roaming die Infrastruktur eines befreundeten Unternehmens oder sogar eines Wettbewerbers nutzen können. Im Prinzip könnten wir über eine Roaming-Regelung vorschreiben, dass ein Mitbewerber die Netzinfrastruktur zur Verfügung stellt und ordentlich abgerechnet wird. Wir würden eine deutlich bessere Versorgung vieler Regionen Bayerns erreichen; wir als Bayerischer Landtag – oder der Bundesrat – müssten nur unseren politischen Willen äußern. Aber auch das werden Sie wieder ablehnen. Es würde nicht einmal Geld kosten; es wäre eine vertragliche Regelung. Wir, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, fordern Sie auf, in Zukunft den ländlichen Raum besser mit Mobilfunk auszustatten.

(Inge Aures (SPD): Wir brauchen nicht nur Mobilfunk, sondern wir brauchen auch Geld!)

Das können Sie im Prinzip relativ geschickt über Ausschreibungen zu Frequenzbandversteigerungen lösen. Seitdem wir im Landtag sind, also seit 2008, sagen wir immer, dass wir einen möglichst wirtschaftlichen Breitbandausbau wollen. Es geht nicht darum, Unmengen von Geld in den Markt zu geben; denn wir wollen eine wirtschaftliche Lösung.

Ich habe das Land Oberösterreich immer als Beispiel bemüht. In Oberösterreich hat man lukrative Ausschreibungsgebiete mit weniger lukrativen kombiniert. Das war letztendlich ein volkswirtschaftlicher Gewinn. Eine hohe Ausbauqualität hat so die Bürger in Oberösterreich wenig Geld gekostet. Ich fordere Sie daher auf, bei der Ausschreibung der Versorgung ländlicher Räume darauf zu achten: Wer in städtischen Gebieten, in Ballungsräumen, einen Mobilfunkmasten aufstellen will, muss die entsprechende Forderung auch im ländlichen Raum erfüllen. Das können Sie ausschreibungstechnisch beschreiben. Eine solche Forderung würde ganz klar zu einer höheren Qualität führen, ohne die Bürgerinnen und Bürger in Bayern viel Geld zu kosten. Das würde uns nach vorne bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Erwin Huber (CSU): Bayern kann doch hier nicht entscheiden! Das müssen Sie doch wissen!)

Wie gesagt: Sie sollten sich nicht nur berichten lassen, sondern ganz konkrete Forderungen erheben, wie wir es beschrieben haben.

Wir werden natürlich auch dem SPD-Antrag zustimmen, weil darin ganz klare Forderungen stehen.

Nicht nur Lippenbekenntnisse und die Klage, wie schlecht es im ländlichen Raum ist! Anpacken und den ländlichen Raum besser mit Mobilfunk, Bahnstrecken und Autobahnen ausstatten! Dann erfüllen Sie Ihre Aufgabe als Regierungsfraktion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Gerne!)

Der Kollege Kirchner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege, meine Aufgabe war es, unseren Antrag darzustellen. Dieser Aufgabe bin ich nachgekommen. Vielleicht wäre es sinnvoll gewesen, wenn Sie unseren Dringlichkeitsantrag im Vorfeld etwas genauer durchgelesen hätten; dann hätten Sie festgestellt, dass es sich nicht um einen Berichtsantrag handelt und dass von der Staatsregierung konkrete Dinge gefordert werden. In Ihren Äußerungen haben Sie es soeben leider versäumt, Ihren Antrag, Ihre Intentionen, Ihren Weg besser aufzuzeigen bzw. haben sich in den Zuständigkeiten etwas verschätzt; denn die Dinge, die Sie gerade gefordert haben, werden durch die Bahn bis 2018 bereits bearbeitet und angegangen, sodass hier eine Verbesserung zu erwarten ist. Wenn Sie das mit unserem Antrag vergleichen, werden Sie feststellen, dass wir uns auf diesen Bereich konzentrieren, der am Ende die Versorgungslücken übrig lässt.

Zweitens. Dinge, die Sie gerade gefordert haben, obliegen nicht der Staatsregierung und fallen nicht in ihre Entscheidung, sondern hängen auf EU-Ebene mit der Uniersaldienstrichtlinie zusammen oder stehen in Verbindung mit dem Telekommunikationsgesetz. Da stelle ich mir die Frage, wie Sie mit Ihrer Kompetenz in Bayern versuchen wollen, das zu regeln.

(Beifall bei der CSU – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wer hat denn die Kompetenz in Bayern?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Glauber, Sie haben das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Danke schön, Herr Präsident. – Kollege Kirchner, Sie behaupten, wir hätten keine konkreten Forderungen. Ich habe die Forderung aufgestellt, in Ausschreibungen die Ausstattung von Regionalzügen mit Repeatern vorzusehen. Sie sitzen schon lange genug im Wirtschaftsausschuss, um zu wissen, dass diese Forderung noch in keiner Ausschreibung enthalten war. Erzählen Sie also nicht, dass wir hier Anträge stellen, die nicht passen; denn das ist unsere Verantwortung hier als Bayerischer Landtag, und dieser könnten Sie sich ganz einfach stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich habe ich auch zu Ihrem Dringlichkeitsantrag gesprochen. Wir werden Ihrem Berichtsantrag zustimmen. Was sollen wir denn sonst machen? Wenn es um den Inhalt geht, sind wir immer an Ihrer Seite. Sie hingegen lehnen Anträge der Oppositionsfractionen aus Prinzip ab. Dieses Politikverständnis widerstrebt mir; wir stimmen Ihrem Antrag natürlich zu. Aber qualitative Verbesserungen werden Sie so nicht bekommen; da müssen Sie schon unseren Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Karl von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich nach München mit dem Zug fahren will, ohne von lästigen Telefonanrufen gestört zu werden, nehme ich die Strecke über Nürnberg; denn zwischen Neustadt an der Waldnaab und Nürnberg fährt man konsequent von einem Funkloch ins nächste. Das wissen mittlerweile alle Leute und rufen dann gar nicht mehr an. – Das ist aber nicht die einzige Region in Bayern, wo wir Funklöcher haben. Wir haben es heute schon gehört: Wir haben Funklöcher nördlich von München, und im Bayerischen Wald haben wir auch viele Funklöcher. Das nervt nicht nur private Nutzer wie uns, sondern es ist mittlerweile auch ein Standortproblem für Unternehmen im ländlichen Raum. Dr. Buske, der Geschäftsführer der Zwiesel Kristallglas AG, hat letzte Woche in der Sitzung der En-

quete-Kommission sehr eindringlich geschildert, wie schwierig es ist, Geschäfte mit Leuten zu machen, die nicht anrufen können, wenn sie unterwegs sind. Er hat einen seiner Kunden zitiert, der gesagt hat: Bei euch ist es ja wie im letzten Jahrhundert. – Nun ist das letzte Jahrhundert noch nicht gar so lange her, aber sechzehn Jahre sind in der mobilen Kommunikation doch eine Ewigkeit.

Wir müssen also konstatieren, dass es so ähnlich ist wie beim Breitbandausbau: Der Markt, auf den immer gesetzt wird, regelt das Problem nicht. Wir brauchen hier eine Weichenstellung, eine Veränderung der Regularien, in denen sich der Markt bewegt. Wir müssen schauen, wo wir zusätzliche Anreize schaffen können. Das heißt: Wir müssen letztendlich mit Zuckerbrot und Peitsche spielen. Wir stellen aber auch fest, dass der Mobilfunk eben nicht nur Telefonieren bedeutet, sondern auch das Verschieken von Mails und Bildern. Ganze Pläne von Architekten und so weiter können ins Netz gestellt werden. Wir nutzen das Smartphone letztlich schon wie einen Computer zu Hause. Dementsprechend dürfen wir bei den Anforderungen an das Mobilfunknetz nicht nur sagen, wir müssen die Lücken schließen – das wäre zu wenig. Nein, wir müssen eine hochbitratige Abdeckung installieren.

Ich persönlich habe das Thema bereits Anfang Mai aufgegriffen und am 11. Mai einen Antrag zum flächendeckenden Mobilfunk eingereicht. Aus Gründen, die wahrscheinlich nur der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses kennt, ist dieser Antrag immer noch nicht auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses aufgetaucht. Aber immerhin war er für die CSU Anregung genug, sich auch mit diesem Thema zu beschäftigen, und deshalb liegt uns heute der Dringlichkeitsantrag der CSU zum Thema vor. Er zeigt die Problematik sehr schön auf, springt aber unserer Meinung nach viel zu kurz; denn es ist richtig und wichtig, die Ausschreibungsbedingungen für neue Versteigerungen von Funkfrequenzen zu ändern. Wir brauchen hier nicht nur prozentuale Vorgaben für die Abdeckung, gemessen an der Anzahl der Haushalte, die bedient werden, sondern wir müssen auch die Fläche abdecken, vor allen Dingen entlang von wichtigen Verkehrswegen wie Autobahnen und Schienenstrecken. All das muss eine

zukünftige Ausschreibung bei der Versteigerung von Funkfrequenzen mit aufnehmen. Das sagt auch der CSU-Dringlichkeitsantrag; aber das liegt halt erst weit in der Zukunft und hilft uns aktuell und momentan überhaupt nicht weiter. Da brauchen wir andere, konsequente Schritte der Staatsregierung.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag einen Runden Tisch, um Lösungsmöglichkeiten auszuloten und zu klären, wie schon bestehende Leitungsstrukturen am besten genutzt werden können. Wir müssen aber auch überlegen, ob diesem Marktversagen ähnlich wie beim Breitbandförderprogramm mit einem Mobilfunkförderprogramm abgeholfen werden kann. Deshalb haben wir dieses Thema in diesem Antrag auch wieder aufgenommen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag; den Anträgen der CSU und der FREIEN WÄHLER werden wir auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich dem Kollegen Ganserer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Neben dem Ausbau hochleistungsfähiger Breitbandanschluss-Infrastruktur spielt auch die mobile Datennutzung eine immer wichtigere Rolle. Heutzutage reicht es nicht mehr aus, überall telefonieren zu können. Smartphones und mobile Endgeräte sind unsere ständigen Wegbegleiter. Daher brauchen wir überall hochleistungsfähige Breitbandnetze, um Datenübertragungen zu gewährleisten. Die Nutzung des mobilen Internets wird in den nächsten Jahren rasant zunehmen. Prognosen gehen davon aus, dass sich die mobile Datenübertragung in den nächsten fünf Jahren verfünffachen wird.

Die bayerischen Haushalte sind mit einer Verfügbarkeit von aktuell 95 % des hochleistungsfähigen LTE-Netzes verhältnismäßig gut versorgt. Zwischen Stadt und Land gibt es aber erhebliche Unterschiede in der Verfügbarkeit des Netzes; das ist schon mehr-

fach ausgeführt worden. Geografisch bedingt gibt es zwischen den einzelnen Haushalten riesige Lücken in der Verfügbarkeit. Es kommt auf die Verfügbarkeit des LTE-Netzes an und nicht darauf, wie viele Haushalte Empfang haben könnten. Wichtig ist, bei wie vielen Anteilen der Nutzung LTE-Empfang besteht. Hier liegen wir deutschlandweit bei gerade einmal rund 53 %. Hoch digitalisierte Länder wie Südkorea erreichen 97 %. Dies zeigt, dass wir Nachholbedarf haben.

Der Kollege Kirchner hat es angesprochen, als Landtagsabgeordnete können wir ein Lied davon singen: Auf Autobahnen gibt es eine hervorragende Netzabdeckung; auf Landstraßen gibt es schon größere Versorgungslücken. Gerade wenn ich mit der Bahn unterwegs bin, habe ich den Eindruck, als wäre das Schienennetz der Deutschen Bahn fast deckungsgleich mit der Landkarte der vielen weißen Flecken bei der Netzabdeckung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier besteht Nachholbedarf. Darüber werden wir weiter diskutieren. Herr Kollege Glauber hat es angesprochen, das Thema steht für nächste Woche auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses. Auch meine Fraktion hat dazu einen Antrag eingebracht. Ich glaube, das Problem ist mit den heutigen Dringlichkeitsanträgen noch nicht erledigt.

Die Kostentreiber des flächendeckenden Netzausbaus in ländlichen Regionen sind vor allem die Mobilfunkmasten. Diese braucht man auf freier Flur. Hier summieren sich die Kosten schnell auf weit über 100.000 Euro, da nicht nur die Installation der Mobilfunkmasten, sondern auch eine Zuwegung, eine Stromleitung und eine Glasfaserleitung notwendig sind. Da der Bau neuer Masten nicht überall Akzeptanz findet, müssen wir Lösungen suchen, mit der vorhandenen Infrastruktur auszukommen bzw. sie intelligenter zu nutzen, um die Kosten zu reduzieren.

Der Ansatz, auf die Mobilfunkbetreiber einzuwirken, das Netz eines anderen Anbieters zu nutzen, wenn das eigene Netz nicht ausreicht, ist interessant und verlockend. Dies

ist technisch möglich. Das Thema nationales Roaming ist in den Anträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER angesprochen. Im Antrag der CSU vermisste ich dieses Thema. Seit März letzten Jahres nutzen O₂ und E-Plus ihr UMTS-Netz gemeinsam.

In allen drei Anträgen vermisste ich jedoch eine Antwort auf das Problem in den Grenzregionen. Wir haben gerade in der Oberpfalz, in Niederbayern im Raum Passau, und auch an der Grenze zur Schweiz erheblich größere Lücken. Diesseits und jenseits der Grenze werden die Frequenzen unterschiedlich genutzt. Um Störungen des Nachbar-netzes zu vermeiden, muss entsprechender Abstand gehalten werden. Das ist ein gravierendes Problem. Hier brauchen wir dringend grenzüberschreitende Abstimmungen. Das vermisste ich in allen drei Anträgen. Ich kann ankündigen, dass meine Fraktion Initiativen dazu in den Landtag einbringen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenfassend kann gesagt werden: Es ist ein wichtiges Thema, und so weit sind wir nicht auseinander. Jede Fraktion berücksichtigt unterschiedliche Aspekte mehr oder weniger stark. Wir werden dem Antrag der CSU zustimmen. Bei den Anträgen von SPD und FREIEN WÄHLERN haben wir Probleme mit der Forderung nach einem Einstieg in neue Förderprogramme. Hier sehe ich EU-wettbewerbsrechtlich massive Probleme. Aufgrund der Netzfunktion ist der Mobilfunk nicht mit Breitband vergleichbar. Ich kann dies gerne in Zwiesgesprächen ausführlicher erläutern. Dafür fehlt hier die Zeit. Wenn Sie auf diese pauschale Forderung nach Förderung verzichten, könnten wir zustimmen, ansonsten würden wir uns bei Ihren Anträgen enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CSU-Fraktion jetzt bitte Herr Kollege Holetschek. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag gestellt, weil es die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land

stört, dass in manchen Gebieten die Mobilfunkversorgung nicht funktioniert. Das ist der Beweggrund. Herr Kollege Glauber, ich habe kein Verständnis dafür, dass hier nach dem Motto "Beleidigte Leberwurst" darüber gestritten wird, wo die Urheberschaft liegt.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Dann stimmen Sie doch zu!)

Sie sind lange genug in diesem Haus, um zu wissen, dass wir im Wirtschaftsausschuss und auch in anderen Ausschüssen beim Ringen um die besten Lösungen oft in der Diskussion Einigkeit erzielen.

(Natascha Kohnen (SPD): Das ist doch wohl ein Scherz!)

Also lassen Sie uns hier über die Sache reden, nicht darüber, ob Berichtsanträge abgelehnt werden oder ob ihnen zugestimmt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

– Herr Glauber, auch Berichtsanträge sind nicht immer sinnvoll. Das macht Arbeit in den Ministerien und schafft Papier. Das ist nicht immer das Optimum.

(Beifall bei der CSU – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Ganz schön frech! –

Natascha Kohnen (SPD): Das ist einfach arrogant!)

Man könnte lange darüber diskutieren, welcher Berichtsantrag sinnvoll oder nicht sinnvoll ist. Herr Kollege Glauber, ich sage Ihnen noch, warum wir nicht zustimmen. Warten Sie es halt ab.

Ich möchte Ihnen zuerst sagen, dass dieses Thema die Menschen bewegt, die in einem Gebiet wohnen, wo man keinen Empfang hat. Was passiert in einer Notsituation? Was passiert in solchen Bereichen, wenn man darauf angewiesen ist, dass das Handy funktioniert? – Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass diese Lücken geschlossen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage es Ihnen ganz offen: Ich bin dafür, die Netzbetreiber in die Pflicht zu nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Unabhängig von allen rechtlichen Möglichkeiten, die wir bei Lizenzversteigerungen mit Auflagen haben, die im Moment nicht anstehen, sondern erst wieder in ein paar Jahren, haben die Betreiber eine moralische Verpflichtung, hier flächendeckend etwas zu tun und diese Lücken zu schließen. Das muss die Botschaft aus diesem Haus an die Netzbetreiber sein; denn wenn es darauf ankommt, dann geht es auf einmal, dass man sich die Netze gegenseitig zur Verfügung stellt, wie sich vor Kurzem gezeigt hat, und zumindest für Krankenhäuser und Energieversorger diese Möglichkeit schafft.

Selbstverständlich sind auch wir für nationales Roaming. Wir haben das im Antrag drin. Wir fordern nämlich dazu auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um diese Mobilfunklücken zu schließen. Das Thema nationales Roaming gehört natürlich zu diesen rechtlichen Möglichkeiten. Wir wollen diese Dinge unmittelbar angehen. Ich nenne auch die Mitbenutzung der Masten für den digitalen Funk. Wenn ich das richtig im Kopf habe, haben wir 880 Masten, davon 550 im Besitz des Freistaats. Da könnte man vermutlich relativ schnell den einen oder anderen Mast mitnutzen und derartige Angebote machen, um die eine oder andere Lücke zu schließen.

Das sind die richtigen Maßnahmen, die wir in unserem Antrag fordern. Wir sollten das gemeinsam angehen. Unabhängig davon muss vor Ort Akzeptanz geschaffen werden. Ich weiß als früherer Bürgermeister, dass das manchmal gar nicht so einfach ist, wenn es um die Aufstellung des einen oder anderen Masten geht und der Bürger seine Bedenken vorträgt. Das muss man aber gemeinsam vor Ort lösen und richtig auf den Weg bringen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich will zwei Sätze zu den Anträgen sagen. In der Überschrift sind wir uns einig. Wir wollen die Lücken im Mobilfunknetz schließen. Wir glauben aber, dass es zum jetzigen Zeitpunkt, unabhängig von weiteren Details im Antrag, falsch wäre, sofort auf Förderprogramme zu setzen. Wenn wir den Netzbetreibern heute signalisieren, macht euch mal keine Sorgen, wir legen eine Förderung auf, damit ihr dann einsteigen könnt, dann ist das das falsche Signal.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen die Netzbetreiber in die Pflicht nehmen, die Lücken zu schließen und sich dieser Verantwortung für die Menschen in Bayern zu stellen. Das ist der Inhalt unseres Antrags. Dem stimmen wir zu. Wir lehnen Ihre Anträge ab, weil sie im Detail zur Bewältigung des Problems die falschen Signale geben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Aigner um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle zum einen fest, dass wir uns in dem Ziel alle einig sind. Wir brauchen in unserem Hochtechnologieland tatsächlich eine bayernweite Versorgung. Ich glaube, das kann man grundsätzlich festhalten. Das ist ein wesentliches Thema für die Digitalisierung im ganzen Land, ausdrücklich nicht nur in den Städten, obwohl richtig ist, dass es auch in der Stadt mittlerweile immer wieder zu Unterbrechungen kommt. Das hat auch technologisch bedingte Hintergründe. Mittlerweile wird über den Mobilfunk nicht mehr nur telefoniert, sondern, wie mehrfach schon angesprochen, es werden auch viele Daten übertragen, was irgendwann die Kapazitäten der Antennen übersteigt. Ich will jetzt noch gar nicht so verwegen sein zu fragen, wie wir es mit vernetzter Mobilität, mit autonomem Fahren, machen wollen, wenn wir keine entsprechende Anbindung haben. Das wird schwierig werden. Also ist das für uns ein Muss, und deshalb müssen wir uns auch gemeinsam dafür einsetzen.

Jetzt will ich aber zunächst einmal den aktuellen Stand schildern. Wir haben es privatisiert. Das wissen Sie alle. Die Betreiber bauen momentan die Mobilfunknetze aus und rollen jetzt die neue Technologie LTE aus. Mit der Versteigerung der Digitalen Dividende I im Jahr 2010 wurde die Verpflichtung eingegangen, 95 % der Haushalte zu versorgen. 95 % der Haushalte sind aber nicht 95 % der Fläche. Das ist das eine.

Zum anderen wird es auf alle Fälle, egal ob Haushalt oder Fläche, Lücken geben. Deshalb teile ich die Ansicht, dass wir hier die Betreiber in die Pflicht nehmen und mit ihnen intensiv diskutieren müssen, was wir auch tun. Wir sind – wenn Sie so wollen – quasi schon an einem Runden Tisch, weil wir uns mit den Telekommunikationsanbietern, mit der Netzagentur und auch mit dem Verkehrs- und Infrastrukturministerium des Bundes über genau diese Fragen unterhalten. Glauben Sie es mir: Wir fordern das dezidiert ein, weil es für die Betreiber keine positive Botschaft ist, in einem Hochtechnologieland mit einem solchen Netz arbeiten zu müssen.

Festzustellen ist auch, dass die Betreiber mit Sicherheit nicht mehr auf die älteren Technologien zurückgreifen werden. Es baut wohl keiner mehr GSM oder UMTS aus, sondern es wird LTE ausgebaut, und das ist auch richtig so.

Damit komme ich gleich zum Antrag der SPD: LTE ist im 10-Megabit-Bereich und nicht im Gigabit-Bereich. Beim Gigabit-Bereich sind Sie bei 5 G, und das ist noch im Labormaßstab. Allein schon deshalb ist die Forderung nach einem Giganetz utopisch, und man muss es schon richtig einsortieren.

(Zuruf von der SPD: Man muss sich aber ein Ziel setzen!)

Meine Damen und Herren, Lücken im Netz – der Kollege Holetschek hat es zu Recht angesprochen – sind manchmal vielleicht auch darauf zurückzuführen, dass sich die Begeisterung über einen neuen Mast respektive eine neue Antenne vor Ort in übersichtlichen Grenzen hält. Das gehört auch zur Wahrheit. Sie kennen alle die Diskussion vor Ort, wenn es darum geht, einen neuen Maststandort oder einen neuen Antennenstandort zu finden. Also ist es auch von daher etwas schwierig.

Ich will aber darauf hinweisen, dass wir auf Bundesebene noch eine zweite Entscheidung getroffen haben. Die Digitale Dividende II wurde 2015 versteigert mit der Zielsetzung, bis zum Jahr 2020 97 % der Haushalte zu erreichen und vor allem die ICE-Strecken und die Bundesautobahnen zu bedienen. Das ist eine richtige und gute Zielsetzung. Ich hoffe, dass dies auch möglichst schnell geschieht. Das ist in der Tat wichtig.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bis dahin – es wird ja noch einige Zeit vergehen – müssen und werden wir in jedem Fall alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Versorgung zu verbessern. Eine Möglichkeit besteht darin, die BOS-Standorte, über 500, die öffentlich betrieben werden, zugänglich zu machen. Momentan sind sie aus Sicherheitsgründen noch gar nicht zugänglich. Aber damit hätten wir auf alle Fälle schon über 500 Standorte zusätzlich. Dies ist ein wichtiger Punkt.

Mit Sicherheit werden wir auch den Netzbetreibern bzw. den Anbietern helfen müssen, wenn es zu Umplanungen vor Ort kommt, weil sich die Beliebtheit von Antennenstandorten in übersichtlichen Grenzen hält. Auch hier müssen wir vielleicht unterstützend tätig werden. Das halte ich für richtig, weil wir für den Mobilfunk die entsprechenden Netze brauchen.

Des Weiteren müssen wir Anreize setzen, wo Standorte schlicht und ergreifend nicht wirtschaftlich sind. Ich bin sehr dafür, dass wir uns auch über das nationale Roaming unterhalten. Das wird eine Zukunftsfrage sein. Aber was machen Sie auf der anderen Seite mit jenen, bei denen überhaupt kein Netz vorhanden ist? Dort, wo überhaupt kein Mast, überhaupt keine Antenne steht, hilft das Roaming relativ wenig.

Deshalb werden wir uns also über Anreize und über die Frage unterhalten müssen, wie jemand dort, wo noch weiße Flecken sind, ausbaut und wie wir dann die Verpflichtung eingehen können, es auch allen zugänglich zu machen.

Wenn der Ausbau aufgrund der Digitalen Dividende II erfolgt, müssen wir im Übrigen dafür sorgen, dass die Zielsetzung auch eingehalten wird, dass sie nicht nur auf dem

Papier steht, sondern dass sie auch aufgrund harter Fakten überprüft wird. In einem nächsten Schritt müssen wir uns dann natürlich für die nächsten Ausschreibungsrunden über die Ausschreibungskriterien unterhalten, so wie dies im CSU-Antrag auch gefordert wird. Wir müssen in die neuen Ausschreibungsrunden auch die höheren Auflagen, was die Fläche betrifft und was die Verkehrswege betrifft, entsprechend einbringen. Das geht bis hin zu der Frage, ob man das Telekommunikationsrecht oder andere Voraussetzungen ändern kann, die rechtlich, auch auf europäischer Ebene, zugrunde gelegt sind.

Das sind die Maßnahmen, die wir aktuell ergreifen können. Ich will aber den Blick auch darauf richten, wie leistungsstark die Netze in der Zukunft sind. Ich glaube schon, dass wir massiv auf die modernste Mobilfunkgeneration hinarbeiten sollten. Wir wollen ja gerade in Bayern ein 5G-Testbed installieren, um die neueste Technologie voranzutreiben. Ich glaube, dass wir auch Satelliten- oder Lasertechnologie in Betracht ziehen und verwenden müssen, um die Bandbreiten zu erhöhen. Wir müssen ein Gesamtpaket auflegen, das auch die Nutzung von WLAN-Hotspots, was im Breitbandausbau auch von der Staatsregierung vorangetrieben wird, einschließt. Jedes Breitbandanschluss-Endgerät mit einem Router kann zu einem WLAN-Hotspot umgebaut werden. Hierfür ist es auch ganz wichtig, dass die Frage der Störerhaftung geklärt wurde, weil dann auch die WLAN-Netze öffentlich zugänglich sind.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine große und sehr wichtige Aufgabe, der wir uns meines Erachtens gemeinsam widmen müssen. Wir haben hier einiges auf den Weg gebracht. Es gibt einen Runden Tisch. Insofern kann ich Sie beruhigen. Das ist schon erledigt. Aber wir werden auch die Regularien bis hinauf zur Bundesebene für die nächsten Ausschreibungsrunden voranbringen müssen. Wir müssen jetzt gemeinsam eine Kraftanstrengung unternehmen und so schnell wie möglich das Nötige organisieren, um die Netzbetreiber zu einem verstärkten Ausbau zu bewegen. Das ist unsere Aufgabe. Lassen Sie sie uns gemeinsam angehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, würden Sie bitte noch einmal ans Rednerpult zurückkommen? Zwischenbemerkung: Herr Kollege Glauber, bitte.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Staatsministerin, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört. Unter anderem haben Sie davon gesprochen, dass wir eine Förderung brauchen, um den flächendeckenden Ausbau auch im ländlichen Raum zu bewerkstelligen. Kollege Holetschek sagte in seinen Ausführungen, genau deswegen lehnten Sie unseren Antrag ab. Jetzt frage ich mich: Lehnen Sie den Antrag ab, weil wir den ländlichen Raum fördern wollen, oder gehen wir auf Ihren Punkt ein, den ländlichen Raum zu versorgen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): So weit sind wir ja noch nicht, sehr geehrter Herr Glauber. Aber Ihr Antrag enthält einen anderen Punkt, den wir nicht mittragen können. Wissen Sie, was "lückenlos" bedeutet? – In jedem Keller, auf jedem Hochsitz im Wald, das heißt "lückenlos". Deshalb können wir den Antrag schlicht und ergreifend nicht mittragen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12335 – das ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12352 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen! – Die CSU. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12353 – das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen! – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.